

## Überdimensionierte Boni auf Kosten der Ausbildung im Kanton Zürich

In der Presse wird die Verbindung zwischen überdimensionierten Boni und den Sparmassnahmen im Bildungsbereich nicht wirklich analysiert. Es lohnt sich trotzdem genauer hinzuschauen. In der Tat kann die Vergütung von Boni zu Unternehmensverlusten bzw. deren Erhöhung und damit zu sinkenden Steuererträgen der öffentlichen Hand führen.

In den Jahren vor der Finanzkrise haben die beiden Grossbanken UBS und CS in der Stadt Zürich zusammen jedes Jahr Gewinnsteuern in der Höhe von rund 400 Millionen CHF abgeliefert, was etwa einem Sechstel der gesamten Steuereinnahmen bzw. im Durchschnitt rund der Hälfte der Steuererträge aller Unternehmen entsprach. Im Kanton Zürich müssten es jährlich gemäss offiziellem Steuersatz ca. 320 Millionen CHF gewesen sein. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 versiegte diese Einnahmequelle jedoch von heute auf morgen, weil die beiden Grossbanken plötzlich riesige Verluste auswiesen. Im Artikel des Tagesanzeigers mit dem Titel „Das bedeutet der UBS-Steuerausfall für Zürich“ vom 6. Februar 2014 wurde damals darauf hingewiesen, dass Unternehmen die Möglichkeit haben, Verluste aus den sieben der Steuerperiode vorangegangenen Geschäftsjahren mit dem jeweiligen Gewinn zu verrechnen. Tatsächlich sieht dies das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer in den Artikeln 31 und 67 für alle Unternehmen vor, und es handelt sich dabei nicht um ein „Trickli der Banken“, um es mit den Worten des Steuerberaters Werner A. Raeber im gleichen Artikel auszudrücken. Deshalb zahlte die UBS von 2008 bis 2014 gar keine Gewinnsteuern mehr und die CS ab 2009 nur in homöopathischen Dosen. Dies führte u.a. dazu, dass die Stadt Zürich seit 2008, mit Ausnahme des Jahres 2013, jeweils Defizite zwischen im besten Fall 6 Millionen CHF und im schlechtesten Fall 179 Millionen CHF zu verzeichnen hatte. Gemäss dem Aufgaben- und Finanzplan 2016 – 2019 dürfte die Stadt Zürich auch in den kommenden Jahren mehrheitlich im dreistelligen Millionenbereich defizitär bleiben. Die ursprünglichen rund 400 Millionen CHF an Steuererträgen der beiden Grossbanken hätten diese Defizite verhindern können.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlenverhältnisse lohnt es sich für den Fall der UBS zum einen die Verluste und zum anderen die Boni der vergangenen Jahre etwas genauer zu betrachten. Im Zuge der Finanzkrise erlitt die UBS in den Jahren 2007 bis 2009 jeweils massive Verluste in der Höhe von rund 5.3 und 21.3 resp. 2.7 Milliarden CHF. In den entsprechenden Jahren wurden Boni von 9.9 und 2.2 sowie 3 Milliarden CHF entrichtet. Das lateinische Adjektiv „bonus“ bedeutet eigentlich „gut“; entsprechend sollten Boni eine Belohnung für gute Leistungen darstellen und nicht auch dann noch ausbezahlt werden, wenn das Unternehmen so hohe Verluste erzielt, dass es - um noch grösseren volkswirtschaftlichen Schaden zu verhindern - nur noch mit Hilfe des Steuerzahlers gerettet werden kann. 2012 rutschte sie dann mit 2.5 Milliarden CHF erneut in die Verlustzone ab, insbesondere aufgrund hoher Kosten im Zusammenhang mit dem Libor-Skandal sowie der Bildung hoher Rückstellungen für allfällige Bussen aus zahlreichen hängigen Rechtsfällen. Dieser Verlust hätte verringert werden können, wären solche Bussen für eine fehlerhafte Geschäftspolitik nicht auch noch zu einem Teil steuerlich abzugsfähig. Ausserdem wurden auch in diesem Jahr wiederum Boni im Umfang von 2.9 Milliarden CHF vergütet. Die Stadt Zürich musste wegen dieses zusätzlichen Verlustes ihre ursprüngliche Annahme, dass die UBS ab 2013 wieder Gewinnsteuern bezahlen würde, um weitere vier Jahre auf 2017 verschieben. Natürlich müssen die Bonibezüger ihrerseits entsprechend höhere Einkommensteuern bezahlen, als wenn sie keine Boni erhielten. Die Frage ist nur, wieviele der grossen Bonibezüger aus steuertechnischen Gründen ihren Wohnsitz tatsächlich in der Stadt bzw. im Kanton Zürich oder vielleicht doch eher in den steuergünstigen Kantonen Schwyz und Zug haben.

### *Erstes Szenario: Boniverzicht von 2007 bis 2012*

Hätte die Bank in den Jahren 2007, 2009 und 2012 aufgrund des schlechteren Geschäftsergebnisses auf die Boni verzichtet, hätte sie in diesen Jahren jeweils gar keinen Verlust erzielt, da die Personalaufwendungen um die Höhe der Boni reduziert worden wären. Im Jahr 2007 hätte sie so sogar einen Gewinn von 4.6 Mia. CHF ausweisen können. Damit wäre nur der Verlust von 2008, der ohne Boni anstelle von 21.3 rund 19.1 Milliarden CHF betragen hätte, von der Gewinnabzugsmöglichkeit über die folgenden sieben Jahre betroffen gewesen, und die Bank hätte bereits ab 2012 wieder Gewinnsteuern abliefern müssen; in den Jahren 2012 und 2013 aufgrund der bescheidenen Gewinne zwar nur wenig, ab 2014 dann aber vermutlich doch in einer Grössenordnung von rund 60 Millionen CHF in der Stadt Zürich und von rund 48 Millionen CHF im Kanton Zürich, was etwas mehr als einem Drittel der Vor-Krisen-Steuerzahlungen der UBS entsprochen hätte. Die Daten für eine genauere Steuerberechnung sind aber leider nicht öffentlich verfügbar.

### *Zweites Szenario: 50% Boni von 2007 bis 2014*

Betrachtet man als zweites Szenario den Fall, dass die Bank nur 50% der Boni vergütet hätte, so wären in den Verlustjahren 2007 bis 2009 immerhin noch Boni in der Höhe von knapp 5 und 1.1 resp. 1.5 sowie für 2012 rund 1.5 Milliarden CHF bezahlt worden. Das hätte die Defizite für die entsprechenden Jahre auf 0.3 und 20.2 sowie auf 1.2 und 1 Milliarde CHF reduziert. Im Vergleich zu den tatsächlich realisierten Verlusten hätten diese für 2007, 2009 und 2012 nur noch einen Bruchteil davon – nämlich 6%, 45% und 42% – ausgemacht. 2008 hätte dieser allerdings immer noch rund 95% des effektiven Verlusts betragen. Auch hier hätten die geringeren Defizite dazu geführt, dass die Bank bereits 2015 wieder Gewinnsteuern in der Grössenordnung von rund 40 Millionen CHF in der Stadt Zürich und von rund 32 Millionen CHF im Kanton Zürich hätte zahlen müssen. Wird im weiteren Verlauf ein konservativ geschätzter durchschnittlicher Gewinn von rund 5 Mia. CHF angenommen, würde dies Steuerzahlungen in der Stadt Zürich von ca. 92 Millionen CHF und im Kanton Zürich von ca. 74 Millionen CHF zur Folge haben. Die Gewinne der Jahre 2010/2011 sowie 2013/2014 wären mit nur der Hälfte der Boni rund ein Drittel bzw. gut 50% höher gewesen und hätten so die steuerlich relevante Kompensation der Fehlbeträge der vorangegangenen Jahre beschleunigt.

Die UBS musste 2008 u.a. aufgrund ihrer verantwortungslosen Geschäftspolitik mit Steuergeldern gerettet werden. Sie hat in den folgenden sieben Jahren selbst keine Steuern, dafür aber hohe Boni bezahlt, selbst verschuldete Bussen ebenfalls steuerlich geltend gemacht und damit den öffentlichen Finanzhaushalt zusätzlich und über einen langen Zeitraum hinweg belastet. Gleichzeitig hat sie aber sehr wohl von der Ausbildung und ganz geschweige von der Infrastruktur des Kantons Zürichs und der Schweiz profitiert.

Dem Kanton und der Stadt Zürich sind auf diese Weise dringend benötigte Einnahmen verloren gegangen, die bereits in der Vergangenheit als auch in den kommenden Jahren auf der Ausgabenseite kompensiert wurden und werden. Davon ist u.a. der Bildungssektor stark betroffen. Die Gesellschaft in Form unserer Jugendlichen muss nun diese fehlenden Einnahmen wieder wettmachen. Nach den Vorgaben des Kantons Zürich sollen in der Bildung ab 2017 jährlich 49 Millionen CHF eingespart werden. Dies entspricht gerade etwa den Steuerzahlungen, welchen die UBS ab 2014 wieder hätte nachkommen müssen, wenn sie in den Jahren mit den schlechten Geschäftsergebnissen auf die Boni verzichtet hätte. Ganze 18 Millionen CHF entfallen dabei auf die Gymnasien, die mit nur 20 Schulen im Kanton pro Gymnasium jährliche Kostenreduktionen von knapp einer Million CHF bewältigen müssten. Und dies nachdem bereits in der Vergangenheit die Mittelschuldauer um ein hal-

bes Jahr und die staatlichen Aufwendungen pro SchülerInnen um 11 Prozent reduziert wurden. Konkret bedeutet diese weitere Sparrunde z.B. für die Kantonsschule Zürcher Unterland in Bülach, dass sie alle Freifächer und Freikurse wie Fremdsprachen, Religion, Jazztanz oder auch Theater streichen müsste, um gerade mal 55% der Sparvorgabe zu erfüllen. Die ersten Klassen müssten auf durchschnittlich 30 SchülerInnen vergrössert werden, obwohl die Schulzimmer feuerpolizeilich nur für durchschnittlich 24 SchülerInnen zugelassen sind. Halbklassenunterricht würde es gar keinen mehr geben. Aber auch damit würde die Sparvorgabe von einer Million CHF noch nicht erreicht. Ähnlich tönt es bei der Kantonsschule Büelrain in Winterthur, die rund 700'000 CHF pro Jahr einsparen müsste. Diese erneute Sparrunde würde die Qualität der Gymnasien auf jeden Fall beeinträchtigen und die Chance auf bestmögliche Ausbildung für die heutige sowie künftige Jugend schmälern. Etwa drei Viertel aller Maturanden absolviert im Anschluss ein universitäres Bachelorstudium, wofür eine sehr gute gymnasiale Allgemeinbildung eine wichtige Voraussetzung darstellt. Ausserdem ist für die Schweiz als rohstoffarmes Land eine qualitativ hochwertige Ausbildung ihres Nachwuchses eine elementare Bedingung dafür, sich als starker Forschungs- und Wirtschaftsstandort weiter entwickeln zu können. In diesem Sinne organisiert der Verein „Zürcher Bildung“ mit dem Tag der Bildung eine Kundgebung am 13. Januar 2016 und sammelt mit Hilfe eines Manifests, das sich unter folgendem Link <http://www.tagderbildung.ch/cms/index.php/manifest> befindet, Unterschriften für ein mutiges Bekenntnis zur Bildung. Es darf nicht sein, dass die Ausbildung unserer Jugendlichen dem fragwürdigen Geschäftsgebahren eines Unternehmens geopfert wird. In einem reichen Land wie der Schweiz sollten alle Jugendlichen das Recht auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung haben und Fremdsprachen-, Religions-, Tanz- oder Theaterkurse besuchen können; dieses Recht sollte nicht nur denjenigen vorbehalten bleiben, die sich dies privat leisten können.

Autoren:

Prof. Dr. Marc Chesney, Finanzprofessor an der Universität Zürich und Autor des Buches „Vom Grossen Krieg zur permanenten Krise“, Versus Verlag, Zürich, 2014

Dr. Brigitte Maranghino-Singer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich